



MOTION

Urheber	neo - Die sozialliberale Mitte, durch Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen, Manfred Kuonen und Martin Kalbermatter
Gegenstand	Unabhängigkeit von Justizvertreterinnen und -vertretern: Parteibeiträge
Datum	15/12/2023
Nummer	2023.12.469

Die Gerichte und Justizbehörden müssen neutral und unabhängig sein. Das ist eines der Grundprinzipien des Rechtsstaates. Unsere Richter behaupten gewiss alle, dies zu sein und sind es wohl auch. Wenn die Bürgerinnen und Bürger aufgrund äusserer Faktoren daran zweifeln, dann ist auch bei noch so integren Justizvertreterinnen Ansehen beschädigt.

Richterinnen und Staatsanwälte bezahlen üblicherweise den Parteien, die sie im Grossen Rat vorgeschlagen haben, einen jährlichen Beitrag. Diese Parteibeiträge geben immer wieder landesweit zu reden. Zu Recht, wie wir meinen. Selbst wenn ein Richter oder eine Staatsanwältin durch einen Parteibeitrag sich in keiner Art und Weise einer Partei und deren Mitglieder in einem Justizverfahren verpflichtet fühlt, kann dieser Umstand in der Gesellschaft eine Voreingenommenheit vermuten lassen.

Einem solchen Anschein muss ein Riegel geschoben werden. Das Argument, Parteien verlören dadurch Geldmittel, vermag den gegenteiligen Effekt nicht aufzuwiegen.

Schlussfolgerung

Wir ersuchen den Staatsrat, eine gesetzliche Regelung vorzuschlagen, die eine solche Beitragspflicht von Justizvertreterinnen und -vertretern verbietet und die Gesetzesvorschriften in den betroffenen Bereichen unter diesem Gesichtspunkt prüft und anpasst.